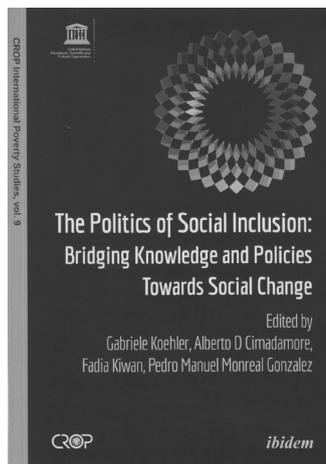


›Inklusion‹ – zahnlose Konsensformel?

Lutz Leisering



Gabriele Koehler et al.
(Eds.)

**The Politics of Social
Inclusion. Bridging
Knowledge and
Policies Towards
Social Change**

Berlin: Ibidem-Verlag
2020, 380 S.,
46,00 US-Dollar

Viele internationale Organisationen flaggen allgemeine Wertideen aus, um Menschen für ihre Anliegen zu gewinnen. Diese Leitformeln können leicht zu bloßer Rhetorik verkommen. Seit den 1990er Jahren ist ›Inklusion‹ – eine angemessene deutsche Übersetzung von ›inclusion‹ gibt es nicht – in den Vereinten Nationen zu einer zentralen Leitformel geworden, was in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (Agenda 2030) gipfelte. Gesprochen wird von ›inklusive Gesellschaften‹, ›inklusive Städten‹ und ›inklusive Wachstum‹. In Deutschland hingegen wird ›Inklusion‹ allerdings oft auf Menschen mit Behinderung verengt. Inklusion selbst ist hingegen keine neue Idee.

Der vorliegende Band, herausgegeben von Akteuren aus dem System der Vereinten Nationen, behandelt Inklusion anhand von konzeptuellen Kapiteln und Länderstudien, schwerpunktmäßig zu Südasien, aber auch zu Lateinamerika und Afrika. Die Autorenschaft besteht aus kritischen Freunden der Vereinten Nationen: Sie nehmen UN-Entwicklungsagenden ernst, hinterfragen sie aber. Gelegentlich klingt die Kritik radikal, bleibt aber schließlich der Weltorganisation verpflichtet. Gegenüber dem Armutsbegriff betont das Begriffspaar Inklusion und Exklusion Relationalität: Es geht nicht primär um einen Mangel an Ressourcen, sondern darum, in welchen sozialen Beziehungen, insbesondere Machtbeziehungen, von Armut und Mangel betroffene Menschen stehen und wie diese aufgebrochen werden können. Insoweit ist Exklusion ein stärkerer Begriff als Armut, gilt aber auch als politisch genehmere Terminologie.

Die Hauptkritik der Autorinnen und Autoren am Inklusionsdiskurs und der Agenda 2030 lautet, dass es sich um »policies without politics« handle: UN-Dokumente benennen soziale Probleme

und schlagen technische Lösungen vor, blendeten jedoch strukturelle Ursachen aus, insbesondere die zugrunde liegenden asymmetrischen Machtbeziehungen und Konflikte zwischen Akteuren. Die Länderfallstudien veranschaulichen diesen Gedanken, indem sie strukturellen Verengungen vor allem in lokalen Sozialräumen nachgehen, etwa Geschlechterordnungen, Patronage, Kasernenwesen, religiösen Spaltungen oder oligarchischer Staatlichkeit – allerdings kaum sozioökonomischen Klassenstrukturen.

Der mittlerweile online auch frei zugängliche Band bietet vielfache Anregungen für aktuelle globale Debatten. Die Länderstudien geben gehaltvolle Einblicke in die Vielfalt exkludierender Sozialformen, auch wenn sie nur lose mit den konzeptuellen Kapiteln verbunden sind. Der Band ist ein Kaleidoskop und spiegelt insoweit die Vielfalt dessen, was unter ›Inklusion‹ und ›Exklusion‹ verstanden werden kann. Kritisch ist anzumerken, dass der wiederholte Verweis auf strukturelle Ursachen und Machtbeziehungen abstrakt bleibt und diese Faktoren in Praxisdokumenten von UN-Organisationen sehr wohl abgehandelt werden, wenn auch weniger in der Agenda 2030. Diese fungiert eher als »normativer Anker«, anhand dessen Kämpfe gegen exkludierende Strukturen und Akteure ausgefochten werden können. Der Inklusionsbegriff ist eine Konsensformel, die anschlussfähig ist, gerade weil sie vieles offen lässt. Kritisch erscheint auch, dass angesichts der Betonung von Relationalität der materielle Kern von Armut, der Ressourcenmangel, allzu sehr in den Hintergrund rückt. Hier wäre etwa eine Auseinandersetzung mit dem chinesischen Modell der Ressourcensteigerung ohne individuelle Teilhaberechte aufschlussreich gewesen.